

28.01.2021 Corona und kein Ende ...

Wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger im Kreis Höxter und in ganz Deutschland sehnen die Freien Demokraten nicht nur das Ende der Pandemie, sondern auch das Ende des derzeitigen Lockdowns herbei.

„Seit fast einem Jahr steht das Leben in unserem Land still oder ist stark eingeschränkt und alle Maßnahmen zum Schutz unserer Gesundheit sind mit Sicherheit auch richtig und wichtig gewesen, aber jetzt ist es an der Zeit den Menschen wieder eine Perspektive zu bieten“, so Marion Ewers, Kreisvorsitzende der Freien Demokraten. „Es geht nicht darum Partys zu feiern oder gleich ins nächste Flugzeug zu steigen und Urlaub zu machen, es geht um das Überleben unserer Wirtschaft, um viele klein- und mittelständische Unternehmen in unserem Kreis, um Friseure, Gastronome, etc. sie alle haben sich vor dem letzten Lockdown viel Mühe gegeben unter Einhaltung vieler Auflagen ihr Geschäft weiter zu führen, das werden sie auch nach diesem Lockdown tun, aber wir müssen ihnen die Chance dazu geben“, so Markus Bömelburg, FDP-Kreistagsmitglied.

Die Freien Demokraten wollen Stück für Stück zur Normalität zurückkehren, auch in und für die Politik sei es wichtig, wieder die vollumfängliche parlamentarische Demokratie zu leben und nicht durch Zuständigkeitsübertragungen längerfristig „Entscheidungsstaus“ auszulösen und einfach um bei Entscheidungen das gesamte Spektrum der politischen Landschaft abbilden zu können.

Mit den nun beginnenden Impfungen gehen viele Hoffnungen einher und es ist wichtig, dass so viele Menschen wie nur möglich sich impfen lassen, das Spielen verschiedenster undemokratischer Gruppierungen mit den Ängsten der Menschen wird von der FDP zutiefst abgelehnt. Dies sei nicht der richtige Zeitpunkt um die Menschen, besonders die Älteren noch mehr zu verunsichern. Coronaleugnern und Verschwörungstheoretiker und ihr Auftreten gegenüber Ordnungskräften, die sich um die Einhaltung von Maßnahmen und Regeln bemühen ist inakzeptabel.

Kitas sollen nach Meinung der Freien Demokraten ab Mitte Februar schrittweise zum Regelbetrieb übergehen. Hier sind die Freien Demokraten bestürzt über die Aussagen einiger Kitas im Kreis, dass viele Eltern ohne Not und Grundlage ihre Kinder weiterhin zur Kita schicken und teilweise 17-20 Kinder regelmäßig anwesend sind. „Die Befreiung von den Kitagebühren während des Lockdowns und die damit verbundene Notbetreuung, sollte nicht dahingehend ausgenutzt werden, dass Kinder sich mit Freunden zum spielen treffen können. Mit Sicherheit sieht das die Mehrheit der Eltern auch so, doch leider kommt es nicht bei jedem an, was eine Notbetreuung ist“, so Bömelburg.

Schulen, insbesondere die Abschlussklassen, müssen zu diesem Zeitpunkt ebenfalls zum Präsenzunterricht übergehen. Gerade Eltern mit Kindern in Abschlussklassen haben Angst vor einem „Notabitur“, diese Angst gilt es zu nehmen. „Wir alle werden noch eine Weile ein eingeschränktes Leben mit dem Virus akzeptieren müssen, zumindest bis wir mit den Impfungen weit fortgeschritten sind, aber mit einer Verlängerung des Lockdowns und einer Verschärfung der Coronamaßnahmen lähmen wir nicht nur das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben, sondern nehmen unseren Kindern auch einen Teil ihrer schulischen Bildungsmöglichkeiten“, so Ewers.

23.01.2021 Klärungsbedarf bei den Kita-Gebühren

Die FDP im Kreis verfolgt mit großem Interesse das starke mediale Auftreten der SPD zum Thema Kita- Gebührenfreiheit im Kreis. Ein Modell mit dem sich die Freien Demokraten nicht anfreunden werden, da keine solide und realisierbare Gegenfinanzierung der Sozialdemokraten aufgezeigt wurde.

„Die Aussetzung der Kita-Gebühren während des Lockdowns stand für uns immer außer Frage und wurde auch in zwei gemeinsamen Anträgen mit CDU und UWG so auf den Weg gebracht, aber eine generelle Beitragsfreiheit halten wir nicht für realisierbar und sinnvoll. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir mit unserem Wunsch nach Beitragsgleichheit (also keine! einkommensabhängigen Gebühren) keine Mehrheit finden werden, dennoch bedarf das System, welches hinter der Berechnung der Kitagebühren steht einer Reform“, so Marion Ewers, Fraktionsvorsitzende der FDP im Kreistag.

„Je mehr man sich mit dem Thema beschäftigt, desto unverständlicher werden einige Punkte bei der Gebührenerhebung“, erläutert Markus Bömelburg. Wie folgende Fällen zeigen.

Fraglich ist, ob die Bruttoeinkünfte überhaupt ein Maßstab für die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Eltern sind, was ist z.B. mit Unterhaltsleistungen an Expartner oder pflegebedürftige Eltern? Das fällt komplett unter den Tisch, mindert aber dennoch die Einkünfte teils enorm. Bei gut 3-fachen Bruttoeinkommen wird das ca. 7-fache an Kita Beiträgen gefordert. Würde man das Nettoeinkommen miteinander vergleichen wäre das Verhältnis noch viel deutlicher und gravierender.

Es kann nach Meinung der Freien Demokraten auch nicht sein, dass freiwillige Unterhaltsleistungen bei der Einkommenssteuerermittlung hinzugezogen werden. Wird eine alleinerziehende Mutter von ihren Eltern finanziell unterstützt oder zahlt der Kindsvater mehr als er muss, dann werden der alleinerziehenden Mutter die Kita Gebühren erhöht. Sie wird quasi wegen der Unterstützung durch ihre Eltern bestraft.

Eine weitere Absurdität in den Augen der FDP ist die Tatsache, dass Eltern, die nur 20 Stunden Betreuung in der Woche benötigen, aber gerne 2x im Monat auch die Nachmittagsbetreuung nutzen wollen gezwungen werden die 45 Stunden Variante zu buchen. Noch absurder wird es, wenn zwei Kinder in einer Familie gleichzeitig Kita und OGS besuchen. Da gibt es quasi in jeder Stadt eine eigene Regelung.

Die Freien Demokraten wünschen sich in erster Linie eine transparente und gerechte Kitagebührenordnung, die niemanden bestraft, weil er durch seine Arbeit Geld verdient. Derzeit stellt es sich für viele Familien leider oft so dar, dass sich eine Erwerbstätigkeit oder sogar Mehrarbeit nach Abzügen, Steuern und Kita-Beiträgen nicht mehr lohnt. „Arbeitsleistung muss sich wieder lohnen und darf nicht durch höhere Sozialausgaben und Steuern auch noch durch höhere Kita-Beiträge entwertet werden. Das Solidaritätsprinzip ist bereits durch die erhöhte Steuerprogression, welche Familien mit mehr Einkommen unterliegen gegeben, alles andere kann keine soziale Gerechtigkeit mehr sein, auch nicht im Sinne der Sozialdemokraten“, so Marion Ewers.